

Position der CDU-Fraktion zur Vorlage V2082/23 Unterbringung asylsuchender Menschen - Standorte zur Errichtung von Unterkünften in modularer Bauweise (mobile Raumeinheiten)

Die Stadtverwaltung hat am 8. März die Presse und am 14. März den Stadtrat über eine Vorlage informiert, nach der an neun Standorten im Dresdner Stadtgebiet Container aufgestellt werden sollen, um Wohnraum für Asylbewerber zu schaffen. Die Stadt sieht keine andere Möglichkeit mehr, die hohe Zahl zu uns kommender Asylsuchender unterzubringen. Wir sind uns unserer Verantwortung für diese Menschen, aber auch für unsere Stadt sehr bewusst. Es ist daher schwer, diese Vorlage abzulehnen. Es ist aber mindestens genauso schwer, ihr zuzustimmen.

Verfehlte Asylpolitik

Wir spüren – nicht erst jetzt, aber dafür umso deutlicher – die Konsequenzen einer fehlgeleiteten Asylpolitik der Bundesregierung. Bereits die Anmietung von Hotels zur Unterbringung von Asylbewerbern hat uns als Kommune vor allem finanziell viel abverlangt. Die jetzige Vorlage geht selbst darüber noch hinaus. Die Stadt Dresden muss, wie sehr viele andere Städte und Gemeinden in unserem Land, die wirklichkeitsfremde Politik der Bundesregierung ausbaden. Die Grenzen unserer Aufnahmefähigkeit sind längst erreicht und trotzdem werden weiterhin Signale der Aufnahmewilligkeit gesendet. Das ist unverantwortlich.

Die Kapazitäten sind erschöpft!

Die Stadt Dresden ist verpflichtet, die ihr zugewiesenen Personen unterzubringen, aber die Kapazitäten dafür sind erschöpft. Weder gibt es ausreichend Plätze in den städtischen Unterbringungseinrichtungen, noch steht belegbarer Wohnraum in entsprechender Größenordnung zur Verfügung. Es sind keine weiteren Hotelkapazitäten in adäquater Menge akquirierbar und viele Privatpersonen haben bereits bei der Unterbringung ukrainischer Kriegsflüchtlinge Großes geleistet.

Die Containerunterbringung von Asylsuchenden ist aus keiner Perspektive eine gute Lösung - aber die Stadt hat schlicht keine Alternativen mehr. Die Menschen kommen, stehen vor unserer Tür und müssen untergebracht werden. Das darf nicht in Turnhallen erfolgen, um den Sportunterricht unserer Kinder nicht zu gefährden. Also bleiben nur noch Container und Zeltstädte. Der Bund ignoriert die Not der Kommunen. Man muss ganz klar sagen: Nein, wir haben keinen Platz mehr, wir sind an der Leistungsgrenze angelangt! Wir werden bald nicht einmal mehr denen helfen können, die wirklich dringend Hilfe benötigen. Schlicht und ergreifend, weil wir die schiere Menge der Menschen nicht mehr bewältigen können.

Konkrete Standortvorschläge ungeeignet

Darüber hinaus sind die vorgeschlagenen konkreten Standorte in unserer Stadt sehr kritisch zu bewerten; so verhindert die Einrichtung von Containerstandorten häufig die geplante Entwicklung. Als ein Beispiel sei hier die Geystraße genannt. Nachdem die Verwaltung in ihrem Haushaltsentwurf die Kosten für die notwendige Erschließung des Baugebietes nicht eingeordnet hatte, war es uns als CDU gelungen, im Zuge der Verhandlungen zum aktuellen Doppelhaushalt diese Mittel bereitzustellen. Die Einrichtung eines Containerstandortes auf diesem Gelände sorgt dafür, dass die beschlossene Entwicklung eines Baugebietes in den kommenden zwei Jahren nicht erfolgen wird. Das ist für uns vollkommen inakzeptabel. Man

kann unserer Stadt doch nicht immer mehr Menschen zuweisen und gleichzeitig verhindern, dass dringend benötigter Wohnraum geschaffen wird. Bezahlbare Wohnungen zu finden, ist schon jetzt eines der größten Probleme der Dresdnerinnen und Dresdner.

Die Auswahl der Standorte berücksichtigt aber vor allem nicht die Situation in den Stadtgebieten. Gerade in der Johannstadt, in Gorbitz, dem Gebiet am Otto-Dix-Ring oder in Prohlis ist die sozialräumliche Situation schon jetzt sehr angespannt. Allein drei der neun Standortvorschläge liegen im Stadtbezirk Prohlis. Die Verwaltung muss die Asylsuchenden endlich gleichmäßig im Stadtgebiet verteilen, wenn es ihr wirklich um Integration geht. Westdeutsche Großstädte zeigen deutlich, wie falsch die Konzentration von Personen mit Migrationshintergrund an wenigen Standorten ist. Wir sollten diese Fehler nicht wiederholen.

Verfehlte Informationspolitik der Stadtverwaltung

Auch wenn die Hauptschuld an dieser Situation zweifellos die Bundesregierung trifft, hat die Stadt Dresden aber auch ein selbstgemachtes Problem: Die wieder einmal völlig verfehlte Informationspolitik. Schon wieder haben die Betroffenen und insbesondere die direkt gewählten Stadtbezirksbeiräte und Ortschaftsräte erst aus der Zeitung von den geplanten Maßnahmen und Standorten erfahren, statt frühzeitig eingebunden zu werden. So schafft man kein Vertrauen, so zerstört man es.

Völlig inakzeptabel ist die geplante zentrale Informationsveranstaltung in der Dreikönigskirche. Gerade in dem Stadtteil, der von der aktuell geplanten Unterbringung überhaupt nicht betroffen ist, in dem kein einziger Asylcontainer aufgestellt wird, soll die einzige Informationsveranstaltung zu dem Thema für alle stadtweiten Standorte stattfinden. Das ist nicht hinnehmbar.

Unsere Forderungen:

- Die Stadt Dresden muss ein ganz klares Signal an die Bundesregierung senden, diese Asylpolitik sofort zu beenden. Unsere Kapazitäten sind erschöpft!
- Ebenso muss umgehend ein konsequentes Rückführungsprogramm nicht asylberechtigter Personen initiiert werden, um dringend benötigten Wohnraum für wirklich Schutzbedürftige freizumachen!
- Die Stadtverwaltung muss in jedem der betroffenen Stadtbezirke und Ortschaften Bürger-Informationsveranstaltungen durchführen und die Positionen der Bürger aufnehmen. Dies betrifft ausdrücklich auch kleine Standorte, wie in Marsdorf oder Sporbitz!
- Ziel muss eine stadtweit fairere Verteilung der Asylsuchenden sein. Weitere Konzentrationen in einzelnen Stadtgebieten konterkarieren die Bemühungen der letzten Jahre.
- Sporthallen sind von der Belegung durch Asylsuchende freizuhalten!
- Der Stadtrat muss den Beschluss zum „Sicheren Hafen“ aufheben, mit dem er sich bereiterklärt hat, mehr Asylbewerber unterzubringen, als gesetzlich gefordert. Dies ist nicht möglich, wie die aktuelle Vorlage zeigt, und es sendet ein völlig falsches Signal.

